

DIE LINKE. Fraktion, Boyneburger Str. 13, 37269 Eschwege

An den

Vorsitzenden des Kreistages

des Werra-Meißner-Kreises

Herrn Dieter Franz

Schlossplatz 1

37269 Eschwege

Eschwege, den 19.04.2020

Sehr geehrter Herr Franz,

wir bringen den folgenden Antrag ein. Sollte die nächste Kreistagssitzung nicht stattfinden bitten wir darum, die Resolution als Eilantrag dem Finanzausschuss – als Gremium i.S.d. § 51a HGO - zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung vorzulegen. Das Thema ist eilbedürftig und duldet im Sinne des öffentlichen Wohls keinen Aufschub. Politische Arbeit darf durch die aktuelle Krise nicht unmöglich werden.

Der Kreistag bzw. der Finanzausschuss möge beschließen:

Resolutionsantrag

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Bezieher von Leistungen der Grundsicherung

Wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Bezieher von Leistungen zum Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung, dem AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz) und für Menschen mit Behinderung fordert der Kreistag des WMK die Bundesregierung auf, eine sofortige Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung um mindestens 100 Euro pro Monat und Haushaltsmitglied bis zur ohnehin anstehenden Neufestsetzung der Regelsätze zum 1.1.2021 und eine zusätzliche Einmalzahlung von 250 Euro für notwendige, coronakrisenbedingte Mehraufwendungen zu beschließen.

Begründung:

Der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises begrüßt ausdrücklich, dass es der Bundesregierung nach schwierigen Verhandlungen gelungen ist mit dem am 25. März 2020 verabschiedeten krisenbedingten „Sozialschutzpaket“ einen Weg zu

ebnen mit dem soziale Infrastruktur größtenteils auch über die Corona-Krise hinaus erhalten werden kann.

Die Erleichterungen beim Zugang zu ALG II und beim Kinderzuschlag sollen vielen Menschen besser durch die Corona-Krise helfen. Die Jobcenter sollen bei einem Hartz-4-Antrag ein halbes Jahr lang auf die Prüfung des Vermögens der Betroffenen verzichten. Auch eine Prüfung der Höhe der Wohnungsmiete soll entfallen. Entsprechende Regelungen gelten für Senioren die Grundsicherung brauchen und für Menschen mit Behinderungen.

Familien mit Einkommenseinbrüchen sollen leichter an den Kinderzuschlag kommen: Geprüft werden soll statt des Einkommens aus den letzten sechs Monaten nur das vom letzten Monat.

So sehr all diese Maßnahmen auch zu begrüßen sind, wir müssen feststellen dass die Bundesregierung übersehen hat, das natürlich auch Menschen die bereits im Leistungsbezug stehen von den Auswirkungen der Corona-Krise erheblich betroffen sind.

Die mit der Corona-Krise verbundene Schließung von Tafeln und anderen Unterstützungssystemen stürzt arme Menschen in eine ernste Krise.

Der Kreistag des WMK fordert ein sofortiges Notprogramm für Menschen in Hartz IV und in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Kreistag des WMK fordert finanzielle Soforthilfen für Bedürftige. Darüber hinaus müssen alle Leistungskürzungen, etwa durch Sanktionen, sofort ausgesetzt werden.

Konkret fordert der Kreistag des WMK eine sofortige Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung um mindestens 100 Euro pro Monat und Haushaltsmitglied bis zur ohnehin anstehenden Neufestsetzung der Regelsätze zum 1.1.2021, um insbesondere eine ausgewogene Ernährung und vorsorgende Hygiene sicherzustellen. Zusätzlich ist eine Einmalzahlung von 250 Euro notwendig für coronakrisenbedingte Mehraufwendungen, wie etwa für Arzneimittel, erhöhte Energiekosten und erhöhte Verkehrsaufwendungen zur Nahrungsmittelbeschaffung, usw.

Zitat:

„Die Regelsätze in Hartz IV und der Altersgrundsicherung sind so kleingerechnet, dass man mit ihnen nicht anständig über den Monat kommt. Es sind Armutssätze. Die Tafeln haben sich, ebenso wie kostenlose Verpflegung in Schulen und Kitas, für viele längst zum notwendigen Baustein der Grundversorgung entwickelt. Bei Tafeln und selbst in Schulen geht es um echte Armenspeisung, die nun ausfällt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Hinzu kommt, dass im Zuge von Hamsterkäufen und/oder möglichen Lieferengpässen die Ausgaben für Lebensmittel bereits deutlich gestiegen sind.

Die vielen ehrenamtlichen Hilfsangebote für Familien und alleinstehende Betroffene werden auch vom Kreistag des WMK ausdrücklich begrüßt. Allerdings entlassen diese privaten Aktivitäten den Staat nicht aus seiner Pflicht, das soziokulturelle Existenzminimum für alle zu garantieren. Der Staat bleibt in der Verantwortung. Es

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag, B.Gassmann, Boyneburger Str. 13, 37269 Eschwege, 0175 271 541 2

wird unverzüglich eine Lösung in der Fläche benötigt. Es geht um die Existenzsicherung von armen Menschen in Deutschland!

Der Kreistag des WMK fordert die Bundesregierung auf, auch hier nun unverzüglich tätig zu werden, um die Situation für Menschen die bereits im Leistungsbezug sind nachhaltig zu verbessern.

Adressat: Bundesregierung, Fraktionen im Bundestag

DIE LINKE. Fraktion im
Kreistag des Werra-Meißner-Kreises

Bernhard Gassmann
Fraktionsvorsitzender